Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht monatl. M. 3.75, vierteljährl. M. 9.75; für Abholer monatl. M. 3.00; durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatl. M. 3.50, viertelj. M. 10.50; durch die Post innerhalb Deutschland Gesamt-Ausgabe monatl. M. 3.90, vierteljährlich M. 9.00; Morgen-Ausgabe M. 2.00, Abend-Ausgabe M. 1.00, Sonntags-Ausgabe M. 0.60 monatlich (ausschließlich Postbestellgebühr). Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 15 Pf., Abend-Ausgabe 10 Pf. Sonntags-Ausgabe 20 Pf.

Hauptschriftleiter: Dr. Erich Everth, Leipzig.

113. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile 50 Pf., a. ausw. 65 Pf. Anzeigen o. Gebühren im amtl. Teil die Nonpareillezeile 100 Pf., a. ausw. 130 Pf.; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile 40 Pf., auswärts 45 Pf.; Teuerungszuschlag: 40 %; Papierpreiszuschlag: Ueber 200 Zeilen Umfang 30 %, über 300 Zeilen: 50 %. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagen: Gesamtauflage M. 7.— das Tausend ausschl. Postgebühr. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694. — Postscheckkonto 7200. Geschäftsstelle und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8.

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 382 — Mittwoch, den 13. August — 1919

Erzberger über die Finanzlage des Reiches

Außenminister Müller über die Heimkehr der Kriegsgefangenen

Deutsche Nationalversammlung

(Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters.)

Weimar, 12. August.

Am Regierungstische: Müller, Erzberger, Bell. Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Anfragen.

Abg. Mumm (Deutschnatl.) fragt unter Bezugnahme auf eine Reihe von Einzelfällen, in denen selbst unter Ausnutzung der Portofreiheit speziell durch die Zentralstelle für Heimatdienst sozialdemokratische Literatur verbreitet worden sei, wieviel Steuergelder bisher für diese Zwecke verwandt worden seien und ob die Regierung die schuldigen Beamten zur Rechenschaft ziehen und ersatzpflichtig machen will.

Geh. Reg.-Rat Weber erwidert, daß über die in der Anfrage behaupteten Vorgänge Feststellungen angeordnet seien.

Abg. v. Gräfe (Deutschnatl.) fragt unter Bezugnahme auf Pressenachrichten, nach denen in englischen und amerikanischen Gefangenlagern den deutschen Kriegsgefangenen mitgeteilt worden sei, daß ihre beschleunigte Heimkehr nach Deutschland seitens der deutschen Regierung nicht gewünscht, ja sogar durch die Weigerung der deutschen Regierung, die Vorbereitungen zum Abtransport in die Wege zu leiten, verhindert wird: Ist die Reichsregierung bereit, darüber Auskunft zu geben, welche Vorbereitungen tatsächlich zu einer raschen Rückkehr getroffen, namentlich welche diplomatischen Schritte unternommen worden sind, um der weiteren Zurückhaltung der Kriegsgefangenen ein Ende zu machen?

Reichsminister des Aeußern Müller:

In einem Teil der Presse ist in den letzten Tagen wiederholt die Behauptung aufgestellt worden, die Regierung habe nicht alles getan, was zu tun möglich war, um die schleunige Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen zu ermöglichen. Diese und ähnliche Behauptungen haben sich zu Angriffen gegen die Regierung verdichtet, die zur Rechtfertigung sich auf Aeußerungen aus englischen Kriegsgefangenlagern berufen. Nach einem in der „Deutschen Zeitung" veröffentlichten Brief eines in einem englischen Gefangenlager befindlichen deutschen Vizefeldwebels wird die Behauptung aufgestellt, daß folgender Befehl zur Bekanntmachung an die deutschen Kriegsgefangenen vorgelesen wurde: „Die britische Regierung wünscht allen Kriegsgefangenen bekanntzugeben, daß trotz wiederholter Aufforderung an die deutsche Regierung noch keine Delegierten eingetroffen seien, um über Maßnahmen für die Rückbeförderung der Kriegsgefangenen zu beraten. Bevor diese Delegation nicht eintrifft, um Vorkehrungen für den Transport zu treffen, könne nichts getan werden." — Nach anderen Nachrichten soll die englische Behörde in Malta den Gefangenen erklärt haben, die Schuld an der Hinauszögerung ihrer Rückkehr liege ausschließlich bei der deutschen Regierung, die in pflichtwidriger Weise keine Schiffe zur Abholung schicke. Die deutsche Regierung kann es vorerst nicht glauben, daß sich derartige offenkundige Entstellungen der Tatsachen in offiziellen Befehlen oder Bekanntmachungen der englischen Lagerbehörden befinden. Sie hat daher unverzüglich Schritte unternommen, um den Sachverhalt klarzustellen und Abhilfe zu schaffen. Im übrigen stellt die Regierung folgendes fest:

Beim Abschluß des ersten Waffenstillstandes und fortlaufend während der darauffolgenden Verhandlungen bis zum Beginn der Friedensverhandlungen in Versailles ist unablässig versucht worden, die Heimkehr unserer Kriegsgefangenen zu veranlassen. Einen Erfolg haben aber diese Bemühungen nicht gehabt. — Der Minister gibt dann eine ausführliche Darlegung unserer Rechtsgrundlage für die Forderung auf Rückgabe unserer Kriegsgefangenen, sowie das vergebliche Bemühen des Grafen Brockdorff-Rantzau, dann führt er fort: Am 28. Juni bat sodann der Gesandte von Haniel um Auskunft darüber, wann die in Artikel 215 vorgesehene Hauptkommission zusammentreten könne. Als keine Antwort erfolgte, richtete der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation an Herrn Clemenceau am 21. Juli die folgenden Worte:

„In der Note Ew. Exzellenz vom 16. Mai 1919 ist mitgeteilt worden, daß die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte mit größter Bereitwilligkeit eine Kommission zum Zwecke der Heimschaffung der deutschen Kriegsgefangenen einsetzen werden, sobald der Friede unterzeichnet sei. Die deutsche Regierung hat den Frieden unterzeichnet und bereits ratifiziert. Sie ist indessen noch ohne Antwort auf ihre Note vom 28. vorigen Monats geblieben, worin die Einsetzung der in Rede stehenden Kommission beantragt worden ist. Die deutsche Regierung darf um baldige Mitteilung über die Zusammensetzung und den Zeitpunkt des Zusammentritts der Kommission zur Heimbeförderung der Kriegsgefangenen bitten. Als Vorsitzender der Kommission auf deutscher Seite wird Major Draudt bezeichnet, der sich bereits in Versailles befindet."

Die deutsche Abordnung zu der in Artikel 215 vorgesehenen Hauptkommission weilt bereits seit Beginn der Friedensverhandlungen in Versailles. Es ist also nicht wahr, daß die deutsche Regierung ihre Vertreter für diese Kommission noch nicht entsandt hat; wahr ist im Gegenteil, daß die alliierten und assoziierten Mächte ihre Vertreter noch nicht ernannt haben. Solange diese Hauptkommission ihre Haupttätigkeit noch nicht aufgenommen hat, ist der Abtransport der Kriegsgefangenen nicht möglich. Die Schuld daran kann unmöglich die deutsche Regierung treffen. Jetzt wird von Kreisen, die die Leiden unserer Kriegsgefangenen politisch auszuschlachten bestrebt sind, und die es sich zur Aufgabe gestellt haben,

aus der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen Agitationsstoff gegen die Regierung

zu formen, immer wieder behauptet, die Regierung lasse es an dem nötigen Nachdruck fehlen, obwohl diesen Kreisen ganz genau bekannt sein muß, daß die Regierung keinerlei Mittel in der Hand hat, um die gegnerischen Regierungen zu zwingen, die Herausgabe der Kriegsgefangenen zu beschleunigen. Mit den Angehörigen der Kriegsgefangenen, mit dem ganzen deutschen Volke, weiß sich die deutsche Regierung eins in der schärfsten Verurteilung der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen. Aber die Regierung verfügt nicht über die Macht und nicht über die Mittel, um die Leidenszeit der Kriegsgefangenen abkürzen zu können. Noch weniger würde dazu eine private Vereinigung in der Lage sein, der überhaupt jede Möglichkeit fehlt, mit den Gefangenen in Verbindung zu kommen. In einer Sitzung, die am 1. August mit Vertretern der alliierten und assoziierten Mächte in Paris stattfand, hat der deutsche Vertreter Freiherr von Lersner neuerlich darum gebeten, endlich auf die Kriegsgefangenenfrage einzugehen. Minister Loucheur hat versprochen, dem Präsidenten Clemenceau sofort Vortrag hierüber zu halten. Die Reichsregierung wird nach wie vor aufs äußerste bestrebt sein, den Hunderttausenden unglücklichen Familien ihre Väter, Männer- und Söhne so schnell wie möglich wiederzugeben. Sie hofft auf die Einsicht unserer kriegsgefangenen Landsleute, daß sie sich nicht von den Irreführungen der Hetzpresse verführen lassen, solche Ungeheuerlichkeiten zu glauben, als liege der Reichsregierung nichts an ihrer Heimkehr, ja als wünsche sie dieselbe nicht. Es gibt keinen Parteistandpunkt in dieser Frage des Blutes. Diese Erkenntnis wünscht die deutsche Regierung aber auch jenen, die sich nicht geschämt haben, parteipolitische Agitation mit den Leiden und dem Schicksal unserer Kriegsgefangenen zu treiben. (Lebh. Beifall und Zustimmung bei der Mehrheit.) Mit dem Schmerz verzweifelter Angehöriger will sie nicht rechten, so ungerecht manchmal diese Ausbrüche sind, aber politische Ausschlachtungen eines national gemeinsam zu tragenden Unglücks weist sie mit Entrüstung von sich und weiß sich darin eins mit allen den Klassen des Volkes, denen das Schicksal unserer Kriegsgefangenen warm und uneigennützig am Herzen liegt. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. von Gräfe (Disch.-Natl.) zur Ergänzung der Anfrage: Der Herr Reichsminister Müller hat in Beantwortung einer lediglich zu dem Zweck gestellten Frage, den er selbst in seiner Schlußbemerkung erwähnt hat, nämlich zur Beruhigung unserer Gefangenen und weiter Volkskreise, die durch die aus dem Ausland gekommenen Nachrichten tief erschüttert sind, es für nötig gehalten, in seiner Antwort . . .

Präsident Fehrenbach unterbrechend: Herr Abgeordneter! Es gibt bei den kleinen Anfragen nur noch das Wort zur Ergänzung der Anfrage.

Abg. v. Gräfe: Das ist keine Frage, die in der Weise . . . .

Präsident Fehrenbach: Sie haben nur das Wort zur Ergänzung der Anfrage, zu irgendeiner kritischen Bemerkung haben Sie das Wort nicht; § 310 sieht dies ausdrücklich vor.

Abg. v. Gräfe: Dann richte ich die Frage an den Reichsminister Müller, wen er damit gemeint hat, wenn er von Leuten gesprochen hat, die diese Frage parteipolitisch ausnützen wollten. (Gelächter und Zurufe: Sie! bei den Soz.)

Reichsminister Müller: Ich meine damit so schamlose Blätter wie die „Deutsche Zeitung", die in ihrer Ausgabe vom 6. August mit der fetten Ueberschrift: „Eine schwere Anklage gegen die Reichsregierung" und mit der Unterschrift: „Ihre Regierung will sie ja gar nicht!" solche Behauptungen bringt, und diejenigen Kreise, die sich mit diesen schamlosen Verleumdungen identifizieren. (Lebh. Beifall links, große Unruhe rechts.)

Es folgt die

zweite Beratung des Entwurfes eines Zündwarensteuergesetzes.

Zu § 1 (Monopol) liegt ein Antrag Kemphe (D. Vpt.) auf Streichung der Worte „das spätestens bis zum 31. März 1921 in Kraft treten muß" vor; ferner ein Antrag Arnstadt (Disch.-Natl.) und Genossen auf Fassung des ersten Absatzes: „Zum Gebrauch im Inlande bestimmte Zündwaren unterliegen einer in die Reichskasse fließenden Verbrauchsabgabe." Zu § 3 beantragen Kemphe und Genossen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage (Kontingentierung), ebenso Ruschke (Dem.) und Genossen. Arnstadt und Genossen beantragen eine andere Fassung der Regierungsvorlage.

Abg. Thöne (Soz.): Wir wollen das Monopol. Der Hinweis auf die Eisenbahnen zur Begründung einer Ablehnung von Monopolen ist nicht stichhaltig. Für die schlechte finanzielle Lage der Eisenbahnen sind nicht nur die Arbeiterlöhne sondern auch andere Gründe maßgebend. Für Zündwaren empfiehlt sich die Einführung des Monopols, weil die Vernichtung von Existenzen dabei nicht in Frage kommt. Die Arbeiter können weiter arbeiten, die Unternehmer und Beamten in die Monopolverwaltung eintreten.

Abg. Dr. Becker-Hessen (D. Vpt.): Die Kontingentierung empfiehlt sich mit Rücksicht auf die kleinen Betriebe.

Abg. Ruschke (Dem.) wünscht ebenfalls Beibehaltung der Kontingentierung. Die Vorlage bringt nicht das Monopol, sondern die Androhung eines Monopols. (Zustimmung.)

Abg. Behrens (Disch.-Natl.) begründet den Antrag Arnstadt und Genossen.

Abg. Andre (Ztr.): Die Hinausschiebung des Monopols ist mit Rücksicht auf die Vorarbeiten notwendig. Die Kontingentierung hätte nur innere Berechtigung, wenn wir ein langfristiges Gesetz schaffen würden.

Abg. Laukant (U. Soz.) tritt für die sofortige Monopolisierung ein.

Das Gesetz wird unter Ablehnung der erwähnten Abänderungsanträge mit geringfügigen Aenderungen in der Ausschußfassung angenommen.

Das Spielkartengesetz wird in zweiter Beratung ohne Debatte erledigt. Es folgt

die erste Beratung der großen Finanzgesetze.

Präsident Fehrenbach: Ich nehme an, daß das Gesetz zur vorübergehenden Verstärkung der ordentlichen Betriebsmittel in 2. und 3. Lesung angenommen, das Gesetz über das Reichsnotopfer dem 10., die Abgabenordnung dem 11. und die Umsatzsteuer dem 12. Ausschuß überwiesen wird. Nur der erste Teil der Reichsabgabenordnung, der die Organisation der Steuerbehörden usw. behandelt, wird noch in diesen Tagen erledigt werden müssen. Der 11. Ausschuß hat daher sofort seine Beratungen zu beginnen, zweckmäßig schon morgen früh, um die Möglichkeit zu schaffen, wenigstens diesen Teil noch in dieser Woche zu erledigen. Die vier Gesetze werden zwei Tage in Anspruch nehmen, wenn der Redner der ersten Rednerfolge 45 Minuten, der der zweiten 30 Minuten braucht. Am Freitag und Samstag könnten dann das Kohlengesetz und die Kohleninterpellation und außerdem kleinere Vorlagen erledigt werden. In der nächsten Woche wäre dann Zeit übrig für die Zollgesetze und die zweite und dritte Lesung der kleineren Gesetze. Von der nächsten Woche an, nach Beendigung der Ausschußarbeiten, wird dann vormittags und nachmittags gelegt werden können, vorausgesetzt, daß ich genügend unterstützt werde. Dann könnten bis zum 20. sämtliche Vorlagen, die jetzt noch erledigt werden sollten, zu Ende kommen. Trotz der kolossalen Arbeit, die das Haus mit Fleiß und Ausdauer leistet, und die nur im höchsten Maße anerkannt werden kann, muß doch bis zu diesem Tage ein beschlußfähiges Haus ermöglicht werden. Wir würden keinen angenehmen Eindruck hinterlassen, wenn der Abschied von Weimar vor leeren Bänken vor sich ginge. Die Generaldebatte der zweiten Lesung soll eben nicht bei der dritten Lesung wiederholt werden.

Reichsfinanzminister Erzberger:

Das Haus und das deutsche Volk haben ein Recht, mehrere Fragen beantwortet zu hören: Was ist und was muß und wie wird es werden? Was ist? Das größte Finanzelend, das die Welt je zu sehen bekam. Was werden muß? Baldige Ordnung unseres gesamten Finanzwesens in Reich, Ländern und Gemeinden und Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben im großen und kleinen. Wie soll es werden? Wir müssen Abschied nehmen von manchem alten Liebgewonnenen, ein durchdachtes Steuersystem aufstellen, einheitliche Erfassung aller Steuerquellen, Gerechtigkeit auf der einen Seite, Gewissenhaftigkeit auf der anderen. Nur unter diesen Voraussetzungen ist Hoffnung und Möglichkeit, daß Deutschland erhalten bleibt und vor dem schwersten Unglück, dem Staatsbankerott, der hier ein Volksbankerott ist, bewahrt wird.

Der Redner gibt dann einen Ueberblick über die Finanzlage, wie sie sich in Deutschland von 1913 bis 1918 entwickelt hat. Die ungeheuren Zahlen rufen mehrfach Bewegung und Hört, hört!-Rufe auf allen Seiten des Hauses hervor. Das Kennzeichen der deutschen Wirtschaft und Finanzlage, so faßt Erzberger die Darlegungen zusammen, ist die ungeheure Flüssigkeit des deutschen Volksvermögens. Zwei Forderungen müssen noch erfüllt werden, die finanziell und volkswirtschaftlich von größter Bedeutung sind. Wir müssen sofort mit aller Beschleunigung an die

Schaffung einer deutschen Handelsflotte

herangehen, in engster Zusammenarbeit mit den Personen und Gesellschaften, die hier bisher bahnbrechend waren. Hier vorzugehen in freier Selbstverwaltung unter genügender Kontrolle des Staates ist dringendes Gebot für die deutsche Volkswirtschaft. Wir müssen sodann, ebenfalls mit größter Beschleunigung, unseren Auslanddeutschen mit Reichsvorschüssen zu Hilfe kommen. Schon die nächste Woche wird eine betreffende Vorlage an die Nationalversammlung bringen. (Beifall.) Endlich muß unser Beamtenstand erleichtert werden. Ein verschuldeter Beamtenstand ist der Anfang des Chaos für ein Land, ein unverschuldeter aber eine sehr gute Kapitalanlage. 25 Milliarden neue Steuern müssen aufgebracht werden. Seit dem Weltkrieg ist eine Art Milliardenpsychose über die Massen gekommen. Das Höchstmaß, das ein Kriegsjahr an Anleihen aufgebracht hat, war 25 Milliarden. Dieses Höchstmaß muß jetzt das Volk Jahr für Jahr an Steuern aufbringen, um zu gesunden. Von einem Staatsbankerott würden gerade die untersten Schichten des Volkes am allerhärtesten betroffen werden; bei einem vollendeten Staatsbankerott würden gut zwei Drittel des gesamten Privatvermögens vernichtet werden und das gesamte Wirtschaftsleben zum Stillstand kommen, und das arbeitende Deutschland würde hungern. Wie grauenvoll die Zustände in Deutschland werden würden, ist gar nicht auszumalen. Darum wird die Reform kommen, weil sie kommen muß. Dazu gehört auch eine vollkommene Umgestaltung der Steuerveranlagung im Sinne höchster Gerechtigkeit. Ueberall in der Welt hat eine gewaltige Umwertung aller Werte stattgefunden. Ueberall verlangt die Arbeit nach höheren und gerechteren Löhnen. Die Weltpreisrevolution vollzieht sich unter starken Zuckungen. Es sind die Geburtswehen einer neuen Zeit für das Völkerleben. Ein wahrer Völkerbund ist auch der Wunsch des arbeitenden Deutschlands. (Lebh. Zustimmung.) Natürlich haben wir infolge der ungeheuren Aussperrung der deutschen Volkswirtschaft mit vielen unbekannten Größen zu rechnen. Finanzpolitisch ist der Krieg noch immer nicht abgeschlossen, noch immer zahlen wir für die großen Kriegsaufwendungen, und dazu treten die Riesenkosten für die Demobilisierung und für die Entschädigungen in der Heimat. Auch dieses Problem muß bewältigt werden. Ich werde nicht ruhen und rasten, um

am 1. Oktober einen geordneten Etat

vorzulegen. Ich habe mit den Ressorts schwer darum zu kämpfen, besonders mit dem Kriegsministerium. Regierung und Parlament müssen jetzt mit Hochdruck arbeiten, um Ordnung in das Chaos der Liquidation des zusammengebrochenen Kriegsunternehmens zu bringen. Die Liquidation muß möglichst bald abgewickelt werden. Wir haben auch aus dem Friedensvertrag sehr schwere Pflichten übernommen, denen wir mit ehrlichem Willen nachzukommen haben. Die Lösung des Problems ist gebunden an das Wort „Arbeit im Dienste des Gemeinwohls". Dem alten Wort: „Zum Kriegführen gehört Geld, Geld und nochmals Geld" stelle ich das Wort gegenüber: „Zum Frieden gehört Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit." (Lebhafter Beifall.)

„Arbeit macht das Leben süß,
Macht es nicht zur Last;
Der nur hat Bekümmernis,
Der die Arbeit haßt."

(Heiterkeit und ironische Zurufe bei den Unabhängigen.) Privilegien gibt es im neuen Deutschland nicht. Wenn nicht gearbeitet wird, wenn nicht mehr als vor dem Kriege gearbeitet wird, ist jedes Bemühen um die Rettung des Vaterlandes aussichtslos. Zunächst gilt es,

die schwebende Schuld zu beseitigen

oder herabzumindern. Wenn sie früher vielleicht 1 Milliarde betrug, bedeutete das schon schwere Sorgen für die Inlandsverwaltung. Heute sind es 76 Milliarden! Jede Vermehrung der schwebenden Schuld muß ausgeschlossen sein; also Schaffung neuer Einnahmen! Jeder Tag, den die Erbschaftssteuer später in Kraft tritt, bedeutet 2 Millionen Ausfall. Neben den neuen Einnahmen aber gilt es überall Sparsamkeit walten zu lassen. Es wird natürlich nicht gelingen, am 1. Oktober einen balancierenden Etat ohne Anleihen vorzulegen. Zur Herabdrückung des Erfordernisses erwarten wir erhebliche Einnahmen aus der Kriegsabgabe und der Zuwachsabgabe für 1919, auch aus dem Reichsnotopfer, wenn es angenommen wird. Aber alles in allem werden wir die schwebende Schuld damit auf höchstens 46 Milliarden ermäßigen. Drei Anleihewege würden uns zur Verfügung stehen: Freie Anleihe, oder Prämienanleihe oder Zwangsanleihe. Der letztere Weg würde von geradezu verhängnisvoller Wirkung auf unser Wirtschaftsleben sein, er muß also unter allen Umständen vermieden werden. Ob und wann wir den Weg der freien Anleihe beschreiten können oder zur Prämienanleihe übergehen müssen, wird sich hoffentlich noch vor unserem Auseinandergehen endgültig entscheiden. Jedenfalls: Was Menschengeist ersinnen kann, muß geschehen, um die schwebende Schuld herabzumindern. Die 46 Milliarden schwebende Schuld machen mir mehr Sorgen als die 90 Milliarden Kriegsanleihe. Die 90 Milliarden Kriegsanleihe kann mir niemand kündigen, die brauche ich nur zu verzinsen. Wohl aber besteht anderseits die Gefahr, daß, je schneller unser Wirtschaftsleben in Gang kommt, die Depositengelder aus den Banken und Sparkassen abströmen, und dann bliebe nur noch ein Ausweg übrig: Tag- und Nachtschichten in der Reichsdruckerei zur Herstellung von Banknoten. Dann aber würde der Zeitpunkt bald da sein, wo die Mark vielleicht nur 10 Pfennige wert sein würde. Die Notenpresse in Gang zu setzen, ist kein Weg zur Verminderung der schwebenden Schuld. (Sehr richtig!) Dann müssen Maßregeln ergriffen werden

gegen die Kapitalflucht.

Es sind in der Tat Tatsachen an die Oeffentlichkeit gekommen, die leider den schlimmsten Befürchtungen auf diesem Gebiete recht geben. Es hat sich geradezu eine organisierte Steuerflucht ent-